



Foto: www.fotolia.de, © Petra Röder

Stichwort zur Wirtschaftspolitik: Vor der neuen Ölkrise?

von Arne Heise



» Der rasante Preisanstieg für Rohöl in den letzten 2 - 3 Jahren lässt die bange Frage auftauchen, ob Deutschland und die Weltwirtschaft vor einer neuen Öl(preis)krise stehen. Dahinter steht die Angst vor einer krisenhaften Wirtschaftsentwicklung, wie sie die hochentwickelten Volkswirtschaften der OECD-Länder und auch Deutschland Mitte und Ende der 1970er Jahre erlebten, die deshalb so tief im kollektiven Gedächtnis der Deutschen verhaftet geblieben sind, weil damit starke Bilder, wie z.B. leere Autobahnen, verbunden waren und das „goldene Zeitalter“ Nachkriegsdeutschlands unwiderruflich zu Ende ging.

DER SPIEGEL titelte: „Voll erwischt vom Ölschock“ und zeichnete ein trübes Bild der schwächelnden deutschen Konjunktur – allerdings stammt diese Titelstory aus dem September 2000. Tatsächlich erlebte die Weltkonjunktur im Folgejahr eine tiefe Rezession, allerdings waren daran weniger die Ölpreise als das Ende des Börsenbooms der 1990er Jahre und die Ereignisse um den 11. September 2001 verantwortlich. Daraus können wir ableiten, dass steigende Ölpreise eher die Regel als die Krisen auslösende Ausnahme sind und folglich nicht jeder – für die EndverbraucherInnen noch so ärgerliche – Ölpreisanstieg erhebliche Konsequenzen für die Wirtschaftsentwicklung von nicht-ölproduzierenden Ländern haben muss.

» Dennoch wollen wir einen kurzen Blick auf die Entwicklungen der ersten und zweiten Ölpreiskrise Mitte und Ende der 1970er Jahre werfen, um zu beleuchten, ob die Rahmenbedingungen mit jenen von heute vergleichbar und mithin tatsächlich ärgere Befürchtungen zulässig sind. Ausgangspunkt beider Ölpreiskrisen der 1970er Jahre waren politisch organisierte Angebotsverknappungen durch die Öl produzierenden Länder (OPEC). In beiden Fälle fielen diese Maßnahmen in Zeiten ohnehin schwacher Konjunktur – so hat die erste Ölpreiskrise Mitte der 1970er Jahre jene Rezession wahrscheinlich nur verstärkt, die ohnedies am Ende der langen Rekonstruktionsperiode der Nachkriegszeit („Wirtschaftswunder“) dräute. Innerhalb kurzer Zeit verteuerte sich der Rohölpreis um über 130 Prozent – was einem nicht unbeträchtlichen Kaufkraftentzug gleichkam, schlagartig die Realeinkommen in den nicht-ölproduzierenden Ländern reduzierte und, vielleicht am schlimmsten, einen erheblichen Anstieg der Kosten praktisch aller Wirtschaftszweige implizierte. Über die durch die Krise ausgelöste Verunsicherung aller Wirtschaftsobjekte hinaus war für die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland von großer Bedeutung, dass sich die Deutsche Bundesbank nach dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems 1973 eine Reputation für Preisstabilität erarbeiten wollte und auf die



kostenseitigen Preiserhöhungen („Angebotschocks“) mit stark restriktiver Geldpolitik antwortete – was zu einem Rückgang der Investitionsausgaben, einem Anstieg der Arbeitslosigkeit und schließlich, über die Auswirkungen auf die Tarifentwicklung, dämpfend auf die Preisentwicklung wirkte. Die Ölpreiskrisen waren also Folge eines raschen Nachfragerückgangs, der aus der „Umverteilung“ von Einkommen in die Öl produzierenden Länder und dem drastischen Anstieg des Zinsniveaus resultierte, bei gleichzeitigem Anstieg der Produktionskosten.

» Wie sehen nun die Rahmenbedingungen im Jahr 2008 aus? Einerseits ist der Ölpreisanstieg weniger rasant als in den 1970er Jahren. Und dieser Anstieg ist nicht durch Angebotsreduzierung politisch motiviert, sondern Folge zunehmender Marktnachfrage, Marktunsicherheit und, entsprechend den Gesetzen des Kapitalismus, spekulativer Attacken. Dies zumindest lässt die Erwartung zu, dass die Preisentwicklung von den OPEC-Ländern soweit kontrolliert werden kann, dass ein exzessiver Preisanstieg zu vermeiden sein müsste. Natürlich hat sich auch die Ölabhängigkeit der OECD-Länder und Deutschlands durch

den Strukturwandel und die von einem über Jahrzehnte kontinuierlich steigenden Ölpreis und darauf bezogenen Abgaben („Öko-Steuer“) ausgehenden Signale verringert. Schließlich könnte unterstellt werden, dass die maßgeblichen Zentralbanken – die US-Fed und die Europäische Zentralbank (EZB) – aus den Erfahrungen der Vergangenheit gelernt haben und, vor allem, die veränderten tarifpolitischen Konstellationen anerkennen. Dann jedenfalls wäre mit einer angemessenen, weniger restriktiven Reaktion der Geldpolitik zu rechnen. Problematisch allerdings dürfte sein, dass heute wie damals die Spitzen der Ölpreisexplosionen in konjunkturelle Schwächephasen fallen – gegenwärtig im unsicheren Umfeld der ‚Subprime‘-Krise.

» Weder der Sachverständigenrat noch die großen Forschungsinstitute in ihrer Frühjahrprognose haben der Ölpreisentwicklung spezielle Aufmerksamkeit geschenkt – sie halten also die Auswirkungen nicht für besonders gravierend oder haben sie unterschätzt. Es dürfte recht viel davon abhängen, ob die OPEC-Staaten tatsächlich durch entsprechende Mengenpolitik in der Lage und bereit sind, den Ölpreis zu stabilisieren und ob die US-Fed und die EZB darauf vertrauen, dass die durch die Ölpreissteigerungen ausgelösten Kosten- und Preissteigerungen nicht zu entsprechender Erhöhung der Lohnforderungen führen werden (so genannten „Zweitunden-Effekte“) und folglich keine Restriktion ihrer Geldpolitik betreiben. Leider gibt es sich verstärkende Stimmen aus der EZB und ihrem Umfeld, genau hierauf nicht zu vertrauen, sondern lieber vorsorglich durch Zinssteigerungen Drohsignale an die Tarifparteien auszusenden. Würde sich diese Einschätzung durchsetzen, wäre sicher Thomas Fricke, Chef-Redakteur der Financial Times Deutschland, zuzustimmen: „Was Europas Zentralbanker derzeit vorhaben, erinnert an George W. Bush im Irak: Mit relativ großem Geschütz eine schlecht belegbare Gefahr präventiv bekämpfen. Ein gefährliches Abenteuer.“ ■



Foto: Christian Kiel

☞ Dr. Arne Heise ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg.